**Deutscher Bundestag**
**4. Wahlperiode**

**Drucksache IV/3525**

# Mündliche Anfragen

**gemäß § 111 der Geschäftsordnung (Fragestunde) für die**
**189. Sitzung des Deutschen Bundestages**
**am Dienstag, dem 15. Juni 1965**
**190. Sitzung des Deutschen Bundestages**
**am Mittwoch, dem 16. Juni 1965**

## I. Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

I. 1. Abgeordneter **Folger**

Ist die Bundesregierung der Meinung, daß sie für die Gesetzgebung zuständig und verantwortlich ist, nachdem es in dem Inserat 4 „Mitbürger fragen — der Kanzler antwortet" u. a. heißt „. . die Bundesregierung, die dank ihrer . . fortschrittlichen Gesetzgebung . . "?

I. 2. Abgeordneter **Sänger**

Ist die Bundesregierung bereit, ihre Entscheidung, mit dem Ende des ersten Quartals 1965 die bisherige Mitfinanzierung der englischen Ausgabe des in Hamburg erscheinenden „Wirtschaftsdienstes" einzustellen, noch einmal zu überprüfen?

## II. Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

Abgeordneter **Dr. Müller-Emmert**

Wie ist der Stand des bei der Bundesanwaltschaft schon seit Jahren anhängigen, auf eine Veröffentlichung im „Rheinischen Merkur" zurückgehenden Ermittlungsverfahrens gegen Eppstein und andere wegen Landesverrats und anderem?

## III. Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

III. 1. Abgeordneter **Josten**

In welcher Weise unterstützt die Bundesregierung die Bemühungen und Bestrebungen der Handwerksorganisationen der EWG-Länder, damit eine europäische Handwerks- und Mittelstandspolitik erreicht wird?

III. 2. Abgeordneter **Josten**

Aus welchen EWG-Ländern liegen Ergebnisse über die Art der Mittelstandsförderung vor?

Druck: Buchdruckerei Peter Meier, 5201 Buisdorf/Siegburg
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg,
Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. 6 35 51

## IV. Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Abgeordneter **Ertl**

Befürchtet die Bundesregierung nicht, daß bei dem von der EWG-Kommission beabsichtigten Vergleich staatlicher Beihilfen Nachteile für die deutsche Landwirtschaft durch eine Einbeziehung der Dieselbeihilfen in den Grünen Plan entstehen?

## V. Geschäftsbereich des Bundesministers für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung

Abgeordneter **Dr. Mommer**

Ist die vom Bundeswohnungsbauminister für den 22./23. Juni d. J. in Bad Godesberg einberufene Frauenarbeitstagung „Frauen bauen mit" überparteilich?

## VI. Geschäftsbereich des Bundesschatzministers

Abgeordneter **Dr. Dörinkel**

Ist die Bundesregierung bereit, den ihr verbliebenen Besitz an VEBA-Aktien zur Verfügung zu stellen, um zu vermeiden, daß weite Kreise der Bevölkerung, die sich an der laufenden Zeichnung von VEBA-Aktien beteiligt und damit ihren Sparwillen unter Beweis gestellt haben, durch eine zu geringe Zuteilung in ihren berechtigten Erwartungen enttäuscht werden?

## VII. Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

VII. 1. Abgeordnete **Frau Freyh (Frankfurt)**

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um den in einem Schreiben des Erziehungsministeriums von Costarica vom 6. Mai 1965 angedrohten Schritten zu begegnen, angesichts des baulichen Zustandes der Humboldt-Schule in San José die Erlaubnis zur Weiterführung des Schulunterrichts zu entziehen?

VII. 2. Abgeordneter **Dr. Dr. Oberländer**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß der US-Präsident auf Grund der Resolution des amerikanischen Kongresses (Public Law 86-90-1959) über die „Woche der unterjochten Völker" das amerikanische Volk auffordert, diesen Gedenktag mit angemessenen Feierlichkeiten zu begehen, und daß der Präsident vom Kongreß bevollmächtigt wurde, jedes Jahr am 4. Juli eine ähnliche Proklamation zu erlassen, bis Freiheit und Unabhängigkeit für alle unterjochten Völker erreicht worden sind?

VII. 3. Abgeordneter **Dr. Dr. Oberländer**

Ist der Bundesregierung der Wortlaut der Proklamationen der US-Präsidenten, ergangen auf Grund der in Frage VII/2 erwähnten Kongreßresolution, bekannt, wodurch auch der

Freiheitskampf der Deutschen in der sowjetisch besetzten Zone bzw. die Bestrebungen des deutschen Volkes nach Wiedervereinigung in Freiheit unterstützt und seitens des US-Kongresses als rechtmäßiges Anliegen gesetzlich verankert werden?

VII. 4. Abgeordneter **Dr. Dr. Oberländer**

Erachtet es die Bundesregierung nicht für notwendig, dem Bundestag eine entsprechende Gesetzesvorlage zuzuleiten, um die Solidarität des deutschen Volkes mit dem Freiheitskampf aller vom Bolschewismus unterjochten Völker, insbesondere in der Sowjetunion und den sogenannten Satelliten, zu bekunden, und somit das Recht auf Selbstbestimmung, d. h. nationale Unabhängigkeit, in dem gleichen Sinne anzuerkennen, in dem dieses Recht heute ein Anliegen des deutschen Volkes für die sowjetische Besatzungszone ist?

VII. 5. Abgeordneter **Kahn-Ackermann**

Was hat die Bundesregierung seit ihrer am 10. März 1965 gegebenen Zusage, die wirtschaftlichen Verhältnisse der deutschen nach Argentinien entsandten Lehrer sorgfältig zu überprüfen, getan, um die Bezüge der durch die fortschreitenden inflationistischen Verhältnisse in Argentinien in Bedrängnis geratenen Lehrer aufzubessern?

VII. 6. Abgeordneter **Jacobs**

Hat die Deutsche Botschaft in Paris oder einer ihrer Angehörigen oder Mitarbeiter offiziell oder inoffiziell versucht, die Entscheidung zu beeinflussen, den als deutschen Festspielbeitrag in Cannes vorgeschlagenen Film „Das Haus in der Karpfengasse" abzulehnen?

VII. 7. Abgeordneter **Biechele**

Befinden sich unter den europäischen Opfern, die nach Meldungen von dpa und kna von kongolesischen Regierungstruppen bei der Stadt Likati im nördlichen Kongo aufgefunden worden sind, und unter den 100 Europäern, die in Buta im nördlichen Kongo als Geiseln in den Händen der Aufständischen vermutet werden, auch Deutsche?

VII. 8. Abgeordnete **Frau Dr. Flitz (Wilhelmshaven)**

Was gedenkt die Bundesregierung für das „UN-Cooperation-Year" zu unternehmen?

## VIII. Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

VIII. 1. Abgeordneter **Sänger**

Billigt es die Bundesregierung, daß ein Beamter des Bundesamtes für Verfassungsschutz als Kommentator öffentlich zu politischen Tagesereignissen Stellung nimmt?

VIII. 2. Abgeordneter **Sänger**

Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß ein Beamter des Bundesamtes für Verfassungsschutz Vorgänge, welche die Arbeit seines Hauses betreffen oder tangieren, mündlich und schriftlich öffentlich behandelt?

| | | |
|---|---|---|
| VIII. | 4. Abgeordnete **Frau Dr. Diemer-Nicolaus** | Warum hat der Bundesinnenminister es abgelehnt, dem 1. Deutschen Fernsehen für die Sendung am 23. Mai 1965 Fragen zu beantworten, die sich mit der Dienstpflicht der Frauen befassen? |
| VIII. | 5. Abgeordnete **Frau Dr. Diemer-Nicolaus** | In welcher Weise hat die Bundesregierung große Frauenorganisationen bei der Vorbereitung des Dienstpflichtgesetzes zur Beratung herangezogen? |
| VIII. | 6. Abgeordnete **Frau Dr. Diemer-Nicolaus** | Ist die Bundesregierung bereit, alsbald einen Bericht über das Schicksal der Frauen vorzulegen, die während des letzten Krieges dienstverpflichtet oder auch freiwillig bei den Streitkräften eingesetzt waren? |
| VIII. | 7. Abgeordneter **Schmidt (Kempten)** | Entspricht es den Tatsachen, daß Spätheimkehrer, die die Beamten- oder Offizierlaufbahn ergriffen haben, bei Beförderungen gegenüber Kollegen und Kameraden dadurch Nachteile erleiden, daß ihnen der durch längere Kriegsgefangenschaft verursachte spätere Eintritt in die Beamten- oder Offizierlaufbahn und die damit verbundene kürzere aktive Dienstzeit eine Einstufung hinter jahrgangsmäßig gleichen Kollegen und Kameraden eintragen? |
| VIII. | 8. Abgeordneter **Schmidt (Kempten)** | Welche Schritte gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um Studierenden an staatlich anerkannten Ingenieurschulen und technischen Lehranstalten ebenfalls die Inanspruchnahme des Honnefer Modells zu ermöglichen, um die z. Z. noch bestehende Einschränkung der Artikel 7 und 12 des Grundgesetzes hier zu bebeseitigen und den Grundsatz der Gleichheit echt zu verwirklichen? |

## IX. Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

| | | |
|---|---|---|
| IX. | 1. Abgeordneter **Kahn-Ackermann** | Trifft es zu, daß wegen eines Einspruchs des Bundesfinanzministers dem Ersuchen des Bundestages an die Bundesregierung, bis zum 15. Mai d. J. einen vollständigen Bericht über die Situation des deutschen Auslandsschulwesens vorzulegen, nicht entsprochen worden ist? |
| IX. | 2. Abgeordneter **Kahn-Ackermann** | Trifft es zu, daß der Bundesfinanzminister insbesondere gegen die vom Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten geforderte Bekanntgabe der künftigen Planungen für das Auslandsschulwesen Einspruch erhoben hat? |
| IX. | 3. Abgeordneter **Seuffert** | Hält der Bundesfinanzminister an der in den Gründen des BFH-Urteils vom 4. Dezember 1964 (BStBl. 1965 III S. 169) wiedergegebenen Auffassung fest, daß die Übernahme eines |

Pauschbetrags für ein körperbehindertes Kind gemäß § 65 Abs. 5 EStDV in die Veranlagung der Eltern nicht nur das Zustehen eines Kinderfreibetrags zur Voraussetzung habe, sondern weiter auch, daß Einkünfte des Kindes mit den Eltern zusammen veranlagt werden?

IX. 4. Abgeordneter **Seuffert**

Warum hat das Bundesfinanzministerium bei der Beratung der sich aus der Nichtigkeit von § 27 EStG 1958 ergebenden Folgen beim Steueränderungsgesetz 1964 nicht auf die nach seiner Ansicht entstandene Rechtsfrage hingewiesen?

IX. 5. Abgeordneter **Seuffert**

Gedenkt die Bundesregierung eine Billigkeits- oder Übergangsregelung zu treffen, wie sie in dem in Frage IX/3 erwähnten Urteil vom 4. Dezember 1964 empfohlen ist?

IX. 6. Abgeordneter **Dr. Emde**

Welche Vorbereitungen trifft die Bundesregierung, um die Bundeszollverwaltung auf die Veränderung ihrer Aufgaben vorzubereiten, die sich durch den Abbau der Binnenzölle innerhalb der EWG ab 1967 ergeben?

IX. 7. Abgeordneter **Dr. Emde**

Welche Dienstpostenverlagerungen erwartet die Bundesregierung im Zuge der in Frage IX/6 genannten Maßnahmen von den Grenzzollämtern zu den im Inland liegenden Zollämtern?

IX. 8. Abgeordneter **Dr. Emde**

Wird der notwendige Wohnungsbau für die zu versetzenden Zollbediensteten so rechtzeitig vorbereitet, daß bei der Versetzung von den Grenzzollämtern ins Binnenland sofort die notwendigen Wohnungseinheiten vorhanden sind?

IX. 9. Abgeordneter **Dr. Kohut**

Hält es die Bundesregierung für richtig, daß der Staatssekretär Hopf, obwohl gegen ihn bei der Bonner Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren wegen Verdachts der Amtsanmaßung und der Beihilfe zur Freiheitsberaubung schwebte, zum Präsidenten des Bundesrechnungshofes berufen wurde und damit die besondere Rechtsstellung eines unabhängigen Richters erhielt?

IX. 10. Abgeordneter **Dr. Kohut**

Hält die Bundesregierung den Präsidenten Hopf, nachdem ihr der Wortlaut des Einstellungsbescheids in dem in Frage IX/9 genannten Ermittlungsverfahren bekannt ist, weiterhin als Leiter des Bundesrechnungshofes für tragbar?

IX. 11. Abgeordneter **Dr. Kohut**

Wird die Bundesregierung gegen Herrn Hopf wegen seiner rechtswidrigen Mitwirkung bei der Festnahme von Herrn Ahlers ein Disziplinarverfahren einleiten?

IX. 12. Abgeordneter **Liehr**

Teilt die Bundesregierung die auch in einem Urteil des Bundesfinanzhofes zum Ausdruck gekommene Ansicht, daß zwischen Fortbildungskosten, die als Werbungskosten anerkannt werden, und Ausbildungs- und Umschulungskosten, die nicht abzugsfähige Kosten der Lebensführung sind, zu unterscheiden ist?

IX. 13. Abgeordneter **Ertl**

Wird die Bundesregierung bereit sein, eine Initiative der Freien Demokraten auf zoll- und steuerfreie Abgabe des Dieseltreibstoffes an die Landwirtschaft entsprechend der Abgabe von Heizöl aufzugreifen?

IX. 14. Abgeordneter **Dr. Effertz**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß in Frankreich der Dieseltreibstoff zoll- und steuerfrei an die Landwirtschaft abgegeben und durch Färbung vor mißbräuchlicher Verwendung geschützt wird?

IX. 15. Abgeordneter **Dr. Effertz**

Hält die Bundesregierung den Arbeitsaufwand für das deutsche Verfahren für die Auszahlung der Dieselbeihilfen für vertretbar?

## X. Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

X. 1. Abgeordneter **Freiherr von Mühlen**

Was hat die Bundesregierung bisher unternommen, um der bereits vor über einem Jahr von der tunesischen Regierung vorgetragenen Bitte entsprechen zu können, in größerem Umfange als bisher die Beschäftigung tunesischer Arbeiter in der Bundesrepublik Deutschland zu ermöglichen?

X. 2. Abgeordneter **Schmitt-Vockenhausen**

Welche Möglichkeiten sieht der Bundesarbeitsminister, die Ausbildungszulage auch für diejenigen Kinder zu gewähren, die bei privaten (staatlich nicht anerkannten) Schulen in einer Schul- oder Berufsausbildung stehen und für die auf Grund ihrer Berufs- und Schulausbildung beispielsweise auch ein Kinderzuschlag nach § 18 Abs. 2 des Bundesbesoldungsgesetzes und entsprechenden Vorschriften der Landesbesoldungsgesetze gewährt wird?

X. 3. Abgeordneter **Schmitt-Vockenhausen**

Ist es dem Bundesarbeitsminister bekannt, wie viele Rechtsmittelverfahren von durch Nichtgewährung der in Frage X 2 genannten Ausbildungszulage betroffenen Eltern in Gang gebracht worden sind?

X. 4. Abgeordneter **Fritsch**

Warum hat die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung die Förderung des Facharbeiterwohnungsbaues im Zonenrand- und Grenzlandgebiet eingestellt?

| | | |
|---|---|---|
| X. | 5. Abgeordneter **Folger** | Wie ist es zu erklären, daß es für deutsche Arbeiter keine analogen Rechtsvorschriften über die Beschaffenheit von Unterkünften gibt, wie solche für Gastarbeiter gelten? |
| X. | 6. Abgeordneter **Folger** | Was wird die Bundesregierung tun, damit sich Vorfälle nicht wiederholen, wie das in München der Fall war, daß deutsche Rentner und Fürsorgeempfänger in Kellerlöcher ziehen müssen, um Gastarbeitern, die einen Rechtsanspruch auf bessere Unterkünfte haben, Platz zu machen? |
| X. | 7. Abgeordneter **Dr. Schäfer** | Ist es mit der Stellung der Beamten zu vereinbaren, wenn mehrere höhere Beamte des Bundesarbeitsministeriums damit beschäftigt werden, für die CDU Vorschläge eines Wahlprogramms zur Alterssicherung der Selbständigen zu erarbeiten? |

## XI. Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

| | | |
|---|---|---|
| XI. | 1. Abgeordneter **Börner *)** | Welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung aus dem Meinungsaustausch über den Erlaß des Bundesverteidigungsministeriums betreffend „Briefzensur von Arrestanten" im Bundestagsausschuß für Verteidigung zu ziehen? |
| XI. | 2. Abgeordneter **Ritzel** | Soll der Grundstückserwerb für Zwecke des Bundesverteidigungsministeriums in der Zukunft durch das Bundesverteidigungsministerium oder durch das Bundesschatzministerium erfolgen? |
| XI. | 3. Abgeordneter **Cramer** | Wann wird die geplante Panzerstraße von den Kasernen in Varel zum Bahnhof Langendamm in Angriff genommen? |

## XII. Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

| | | |
|---|---|---|
| XII. | 1. Abgeordneter **Dr. Müller-Emmert *)** | Wird der Bundesverkehrsminister prüfen, ob eine dringende Notwendigkeit zum Bau einer weiteren Abfahrt von der B 40 a in der Nähe des Flugplatzes Ramstein, Landkreis Kaiserslautern, zur Landstuhler Straße in Richtung der Gemeinde Ramstein besteht, damit der sehr starke Verkehr vom und zum Flugplatz Ramstein nicht mehr durch die Gemeinde Ramstein hindurch geführt zu werden braucht? |

**) Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

| | | |
|---|---|---|
| XII. | 2. Abgeordneter **Dr. Müller-Emmert *)** | Bis wann ist mit der Fertigstellung des Teilstücks der B 408 zwischen Landstuhl und Glan-Münchweiler zu rechnen, das — wie auf der Besichtigungsfahrt des Bundesverkehrsministers vom 15. Juli 1964 bekanntgegeben wurde — bis Frühjahr dieses Jahres befahrbar sein soll? |
| XII. | 3. Abgeordneter **Cramer** | Wer ist für den Zustand der Schleuse bei der ersten Hafeneinfahrt in Wilhelmshaven verantwortlich? |
| XII. | 4. Abgeordneter **Cramer** | Wenn der Bund für den Zustand der in Frage XII/3 genannten Schleuse verantwortlich ist: Was gedenkt der Bundesverkehrsminister zu tun, um die bei der Deichschau festgestellten Mängel, die zu einer Bedrohung der Landessicherheit führen können, zu beseitigen? |
| XII. | 5. Abgeordneter **Dr. Kliesing (Honnef)** | Ist der Bundesverkehrsminister bereit, nachdem auf seine Veranlassung die Deutsche Bundesbahn mit der Stadt Bonn einen Vorvertrag über die Tieferlegung der Bahn-Trasse im Stadtgebiet Bonn abgeschlossen hat, zur beschleunigten Verwirklichung dieses Projekts beizutragen? |
| XII. | 6. Abgeordneter **Dr. Kliesing (Honnef)** | Kann, nachdem mit dem in Frage XII/5 erwähnten Vorvertrag eine wichtige Voraussetzung für die Planung der Südbrücke in Bonn erfüllt wurde, mit einem schnellen Fortgang der Planung und Verwirklichung dieses Bauvorhabens gerechnet werden? |
| XII. | 7. Abgeordneter **Dr. Kliesing (Honnef)** | Wann kann nach nunmehriger Überwindung der örtlichen Schwierigkeiten mit dem Beginn des Baus der EB 42 im Amt Oberkassel gerechnet werden? |
| XII. | 8. Abgeordneter **Schmidt (Kempten)** | Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß zwischen der Antwort von Staatssekretär Dr. Seiermann zur Frage der Einschränkung des Sonntagsfahrverbotes für den Güterkraftverkehr und etwaiger Ausnahmegenehmigungen in der Fragestunde vom 21. Januar 1965 und der dieser Tage durch Rundschreiben den Ländern zugestellten Bitte, für bestimmte Zeiten in der Hauptreisezeit keine Ausnahmegenehmigungen zu erteilen, ein klarer Widerspruch besteht, der umgehend im Interesse der Betroffenen aufgeklärt werden sollte? |
| XII. | 9. Abgeordneter **Fritsch** | Wann ist mit der Umgehung von Schönberg, Landkreis Grafenau, durch die Verlegung der B 85 zu rechnen? |

*) *Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

XII. 10. Abgeordneter **Dr. Roesch**

Hält es die Bundesregierung für richtig, daß die als Schnellverkehrsstraße ausgebaute Bundesstraße 29, auf der am Sonntag, dem 23. Mai 1965, drei Fußgänger ums Leben kamen, auf einer Entfernung von ca. 30 km zwischen Geradstetten und Schwäbisch Gmünd nicht einen einzigen geschützten Fußgängerübergang hat?

XII. 11. Abgeordneter **Dr. Roesch**

Ist die Bundesregierung bereit, die als Schnellverkehrsstraße ausgebaute B 29 zum Schutze der Fußgänger mit Unterführungen oder Brükken zu versehen?

XII. 12. Abgeordneter **Hübner (Nievenheim)**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die im Zuge der Rationalisierungsmaßnahmen der Deutschen Bundesbahn beabsichtigte Einstellung der Stückgutabfertigung am Bahnhof Nievenheim für den Empfänger von Stückgut eine Verteuerung der Gebühren von etwa 50% zur Folge haben wird, oder billigt die Bundesregierung die an dem Beispiel Nievenheim deutlich werdende Absicht, die Rationalisierung der Deutschen Bundesbahn auf Kosten der Bahnkunden durchzuführen?

XII. 13. Abgeordneter **Hübner (Nievenheim)**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Absichten der Landesplanung und die sich daraus ergebenden Ziele der regionalen Strukturverbesserung in einem Industriestandort bei der Durchführung von Rationalisierungsmaßnahmen durch die Deutsche Bundesbahn nicht berücksichtigt werden?

XII. 14. Abgeordneter **Hübner (Nievenheim)**

Gedenkt die Bundesregierung, nachhaltig darauf hinzuwirken, daß durch Rationalisierungsmaßnahmen der Deutschen Bundesbahn die mit der Landesplanung übereinstimmenden Entwicklungstendenzen betroffener Gemeinden nicht empfindlich gestört werden?

## XIII. Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

XIII. 1. Abgeordneter **Faller *)**

Bis wann kann damit gerechnet werden, daß auch in allen Teilen des oberbadischen Landkreises Lörrach ein einwandfreier Empfang des 1. und 2. Fernsehprogramms gewährleistet ist?

XIII. 2. Abgeordneter **Faller *)**

Ist es technisch möglich, die Stadt Lörrach und die umliegenden Orte vom Sender Totenkopf am Kaiserstuhl aus zu versorgen, wenn die erforderlichen Umsetzer geschaffen werden?

---

*) *Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

| | | | |
|---|---|---|---|
| XIII. | 3. | Abgeordneter **Müller (Erbendorf)** | Ist der Bundesregierung bekannt, daß nach Aufstellung des Senders in Rotbühl bei Amberg ein Personenkreis von mindestens 10 000 Einwohnern das 2. Fernsehprogramm nicht empfangen kann? |
| XIII. | 4. | Abgeordneter **Müller (Erbendorf)** | Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um allen Fernsehteilnehmern den Empfang des 2. Programms zu ermöglichen? |
| XIII. | 5. | Abgeordneter **Strohmayr** | Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Oberpostdirektionen für nicht zurückgegebene alte Telefonbücher beim Bezug der neuen mit der nächsten Telefonrechnung ein Viertel der Kosten eines neuen Telefonbuches mit einziehen wollen? |
| XIII. | 6. | Abgeordneter **Strohmayr** | Ist der Bundesregierung bekannt, daß Altpapier nicht mehr gegen Geld von Altpapierhändlern angenommen wird? |
| XIII. | 7. | Abgeordneter **Strohmayr** | Wenn der Bundesregierung bekannt ist, daß Altpapier nicht mehr gegen Geld von Altpapierhändlern angenommen wird, welchem Zweck werden die zurückgegebenen Telefonbücher zugeführt? |

## XIV. Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheitswesen

| | | | |
|---|---|---|---|
| XIV. | 1. | Abgeordneter **Dröscher** | Wie groß ist die Zahl der in der Bundesrepublik lebenden Diabetiker? |
| XIV. | 2. | Abgeordneter **Dröscher** | Gibt es angesichts der wachsenden Zahl der an Diabetes Erkrankten zentrale Forschungsstellen, die in Zusammenarbeit mit entsprechenden ausländischen Instituten an der Eindämmung dieser Krankheit arbeiten? |
| XIV. | 3. | Abgeordneter **Dröscher** | Wird der infolge der wachsenden Krankenzahlen sich immer mehr ausweitende Markt an diätetischen Lebensmitteln überwacht und angesichts des Monopolcharakters gewisser für Diabetiker lebensnotwendiger Grundnahrungsmittel (z. B. Sionon) dafür gesorgt, daß keine ungerechtfertigten Gewinne aus Geschäften mit dieser Krankheit gemacht werden? |

Bonn, den 10. Juni 1965